

Beilage zur INFO 57

der Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow-Diedersdorf

Liebe Leser/innen der INFO!

Auch mit dieser Ausgabe sind wir bemüht über Vorgänge und Hintergründe zu berichten, über die Sie die Medien oder das Amtsblatt nicht oder so nicht informieren. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass Sie als Bürger/innen nicht durch einseitige oder unterlassene Berichterstattung hinter's Licht geführt werden.

Plakate, Plakate, Plakate

Über die Hintergründe und Merkwürdigkeiten der Plakatierung in Blankenfelde-Mahlow zum Nachtflugverbot haben wir in den letzten INFO's berichtet. Nun hat Bürgermeister Ortwin Baier ein neues Motiv aufhängen lassen:

**Volkes Wille wählt!
Volkes Wille zählt!
Hände weg vom §29b (Luftverkehrsgesetz)
Kein Nachtflug!!!**

Damit wird auf eine durch die Bundesregierung beabsichtigte Änderung des §29b (Luftverkehrsgesetz) aufmerksam gemacht.

Hierzu folgender Kommentar:

1. Im Gegensatz zu anderslautenden Behauptungen unterstützen der BVBB e.V. und die Fraktion BVBB-WG die Initiative der BVF. Schon auf unserer Informationsveranstaltung, am 28. Mai d.J. auf Schloss Diedersdorf, haben wir Unterschriften gesammelt und diese dem Vorsitzenden der Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden, Herrn Ahlgrimm übergeben.
2. Das gehört zur Wahrheit, die auch nicht im Amtsblatt stand:
Zur Luftverkehrslobby, die die Änderungen zum Nachteil der Bevölkerung anstrebt, gehört u.a. die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen“ (ADV). Außerordentliche Mitglieder dieses Lobbyvereins, der die wirtschaftlichen Interessen der Flughäfen vertritt, sind auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Berlin) und das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (Brandenburg). Baier's öffentliche Empörung ist wenig glaubwürdig, wenn er nicht im gleichen Atemzug die Mitgliedschaft seines Parteifreundes, Minister Vogelsänger, in der Lobbyorganisation ADV anprangert.
3. Die Unterschriftenlisten sollen der **schwarz-gelben** Bundesregierung übergeben werden. So hat man wieder jemanden gefunden, dem man den sprichwörtlich schwarzen Peter zuschieben und gleichzeitig von der Verantwortung der eigenen Genossen ablenken kann. Ein Bürgermeister sollte über das Gesetzgebungs- bzw. Änderungsverfahren in der Bundesrepublik informiert sein. Dies erfolgt nicht allein nur durch die Bundesregierung oder den Bundestag, sondern in diesem Fall auch über den Bundesrat. Hier hat bekanntlich auch Brandenburg Sitz und Stimme. Vertreten wird Brandenburg im Bundesrat durch Ministerpräsident Matthias Platzeck, Innenminister Rainer Speer (**beide SPD**) sowie Finanzminister Dr. Helmut Markov und Umweltministerin Anita Tack (**beide Die Linke**). Wenn es die Damen und Herren nur wollten, würde die Änderung des §29b (Luftverkehrsgesetz) - insbesondere durch die geänderte Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen - durch ihre Stimmabgabe keine Mehrheit finden. Im Gegensatz zum BVBB fehlt aber die Aufforderung von Baier an seine Genossen, dem Änderungsspek ein Ende zu machen und im Bundesrat gegen die Änderung des 29b LuftVerkG zu stimmen.

Warten wir ab, ob und wieviel Volkes Wille zählt oder ob die Lobbyorganisation im Verein mit der Landesregierung, SPD und Linke, den Blankenfeldern und Mahlowern den letzten Rest von Nachtruhe rauben will. Dann sind wir gespannt welches Plakat Baier dann in eigener Selbstherrlichkeit, auf Kosten des Gemeindehaushaltes, kleben wird.

Missachtung der Schulkonferenz beim Schallschutz an der Ingeborg-Feustel-Grundschule

Wie bereits die Astrid-Lindgren-Grundschule in Mahlow und die Wilhelm-Busch-Grundschule in Blankenfelde geschehen, sollte in diesen großen Ferien nun auch die Ingeborg-Feustel-

**SO MIT UNS
NICHT**

Grundschule mit Schallschutzvorrichtungen ausgestattet werden. Die Fenster, so die Beurteilung der „Fachleute“ der Flughafengesellschaft (FBS), sind noch in Ordnung und schallschutztüchtig, die braucht man nicht auszutauschen. Lediglich eine künstliche Belüftung sollte eingebaut werden. Diesmal jedoch nicht als Querlüfter, der in den Fenstersturz integriert wird sondern als Lüfterschrank, der im Klassenzimmer steht. Jeder der die Ingeborg-Feustel-Grundschule von innen her kennt weiß, dass die Klassenräume schon derzeit extrem knapp bemessen sind. Nun soll der Platz zu Lasten der Lehrer/innen und Schüler/innen weiter eingeschränkt und Schüler sowie Lehrer einem Dauerluftzug praktisch in Kopfhöhe ausgesetzt werden. Ein Unding befand auch die Schulkonferenz, die erst wenige Tage vor den Schulferien durch einen Zufall von der beabsichtigten Aufstellung der Lüfterschränke erfuhren. Per einstimmigen Beschluss forderten sie, die Umsetzung zu stoppen und Schulkonferenz und Eltern über das geplante Vorhaben und seine Folgen zu informieren. Die Gemeinde als Schulträger hatte es versäumt die Schulgremien, wie im Brandenburgischen Schulgesetz vorgesehen, vorab zu unterrichten. Der stellv. Bürgermeister und Baudezernent, Herr Sonntag, versuchte die peinliche Panne dreist nun aber noch als seinen Erfolg zu verkaufen. Gegenüber der MAZ/Zossener Rundschau vom 30. Juni 2010 erweckte er den Eindruck, als ob er den Auftrag bei der FBS gestoppt hätte, da die Lüfterschränke nicht wie vereinbart eine Tiefe von 50 cm sondern von 80 cm hätten und die Lüftungsgitter statt im unteren Bereich an den Seiten eingebaut worden wären, in die die Kinder etwas hineinstecken könnten.

So so, Herr Sonntag, noch Tage zuvor äußerten Sie auf Nachfrage einer Lehrerin und einer Elternvertreterin in der Gemeindevertretung am 24. Juni, dass die Maßnahmen kurz vor der Ausführung stünden und nicht mehr gestoppt werden könnten! Was stimmt denn nun?

Es bleibt ein Skandal, dass die Gemeindevertretung im Jahr 2008 mehrheitlich beschlossen hat, die sensiblen Einrichtungen wie Schulen und Kita´s weitestgehend an ihren Standorten in der Einflugschneise zu belassen. Schon damals haben wir von Schulen und Horten gesprochen, die in Akustikkäfige umfunktioniert werden. Das Beispiel der Ingeborg-Feustel-Grundschule zeigt, wie recht wir mit dieser Begriffsschöpfung hatten. Bis zum heutigen Tage konnten Vorbehalte und Zweifel an der Funktionstüchtigkeit und der gesundheitlichen Unbedenklichkeit, bspw. von Mitgliedern des Flughafenausschusses, zu den bereits eingebauten Schallschutzmaßnahmen an den beiden Grundschulen Wilhelm-Busch (Blankenfelde) und Astrid-Lindgren (Mahlow) von der Verwaltung nicht ausgeräumt werden.

Baier und sein merkwürdiger Umgang mit Spenden

Rätselhaft ist die Übergabe einer anonymen Spende durch Bürgermeister Baier.

Im März d.J. übergab er dem BSC Preussen 07 die Schlüssel für einen Kleinbus und setzte sich wie so oft auch hierfür natürlich mit Bild öffentlich in Szene. Wer ihm dies ermöglicht hat ließ Baier allerdings offen. „Der Gönner aus der Region möchte nicht genannt werden, deshalb habe ich die Schlüsselübergabe übernommen“.

Im Gemeinderat fragte unser Vorstandsmitglied Matthias Stefke hierzu nach.

Baier verweigerte ihm die Auskunft mit dem Hinweis „Die Spende ist anonym und daher kann der Spender nicht genannt werden. Der gespendete Bus ging direkt an den Verein, daher wurde dieser nicht durch den Bürgermeister angenommen“.

Da kann man sich doch nur „veräppelt“ fühlen! Denn wie kann man einen Schlüssel (und damit de facto auch den Bus) öffentlichkeitswirksam übergeben, wenn man ihn zuvor nicht angenommen hat? Was aber schwerer wiegt ist die Anrüchigkeit, den Spender nicht zu nennen. Ein Bürgermeister sollte sich vor einer solchen PR-Aktion dafür interessieren, wer hinter dieser Spende steckt und wenn denn alles mit rechten Dingen zugegangen ist, muss man diese Frage auch beantworten. Herr Baier sei daran erinnert, dass schon Bundeskanzler mit der Weigerung der Nennung von Spendern ihren Ruf ruiniert haben. Darum fordern wir weiter: Herr Baier nennen sie den Spender, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren welchen Hintergrund die Spende hatte. Spenden dürfen nicht im Dunkeln bleiben! Willkürliche Spendenpraxis richtet sich selbst.

Wir haben darüber berichtet, dass Bürgermeister Baier (SPD) zusammen mit den Stimmen von SPD/Grüne, Die Linke und der CDU einen Antrag der Fraktion BVBB-WG im Gemeinderat abgelehnt hatte, der eine finanzielle Unterstützung von privaten Musterklagen

zum Inhalt hatte. Zur Begründung wurden angebliche rechtliche Hürden, angeführt, die sich aus der Kommunalverfassung ergeben würden. Bis heute fehlen für diese Hürden die Beweise. Darum steht der Vorwurf: Es wurde über die Ablehnung willkürlich entschieden, weil eine Klage von privaten Klägern gegen die geplante Nachtflugwillkür nicht gewollt war..

Auch der BVBB e.V. scheiterte mit einem direkten Antrag an die Gemeinde-Blankenfelde-Mahlow im Hauptausschuss mit fadenscheinigen Begründungen. Weder für den BVBB noch die Fraktion BVBB-WG ist diese Sache erledigt. Wir verlangen, dass die wahren Gründe auf „den Tisch“ kommen. Dies besonders vor dem Hintergrund der Unterstützung mit Spenden für Vereine, die nicht auf dem Gemeindegebiet tätig sind.

Denn es stellt sich die Frage, warum Bürgermeister Ortwin Baier (SPD) einer Bürgerinitiative und/oder einem Trägerverein in der Stadt Zossen persönlich eine Spende in Höhe von 500,-- € übergeben kann, um damit deren Arbeit zu unterstützen? Wer hat ihm das genehmigt?

Die Fraktion BVBB-WG wird diese Praxis rechtlich prüfen lassen, weil wir nicht bereit sind hinzunehmen, dass ein Bürgermeister mit zweierlei Maß misst!

Schämt Euch

Beschämend für Baier, SPD/Grüne, CDU und Linke in der Gemeindevertretung.

Ausgerechnet eine der kleinsten Gemeinden in der Einflugschneise kennt keine rechtlichen Hürden die Klagen von BVBB – Klägern gegen den „Planfeststellungsbeschluss Nachtflug großzügig zu unterstützen.

An dieser Stelle einen herzlichen Dank des BVBB im Namen seiner Kläger/innen an die Gemeinde Gosen-Neu Zittau (ebenfalls Brandenburg). Die dortige Gemeindevertretung hatte beschlossen, dem BVBB **10.000,- €** für die Klage gegen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss zur Verfügung zu stellen. Das Geld ist dieser Tage bei uns eingegangen. Es geht also doch, wenn man will. Mit dieser Spende konnte ein großer Teil eines wichtigen Gesundheitsgutachtens der Charité finanziert werden.

ILA / Das Grauen bleibt

Mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht in Cottbus konnten Kläger des BVBB, den aus der Vergangenheit bekannten schlimmsten Fluglärm und das Risiko abstürzender Militärjets von kriegsspielenden Demonstrationen der ILA über viele Wohngebiete, so auch Blankenfelde-Mahlow, verhindern. Das Gericht war dem Antrag unseres Klägers aus Selchow zwar nicht gefolgt, Überflüge von Düsenjets nur über einer Mindestflughöhe von 450 m zuzulassen und erlaubte so Überflüge bis 150 m Höhe, aber es machte zur Auflage, dass 111 Dezibel nicht überschritten werden dürfen. Das Brandenburger Infrastrukturministerium wurde verpflichtet, für die Einhaltung diese Auflage Sorge zu tragen. Jeder Bewohner konnte feststellen, dass im Vergleich zu den vorherigen ILA`s diese Entscheidung für Blankenfelde-Mahlow eine wesentliche Entlastung war. Dies ist auch ein Erfolg des BVBB, der sich immer für die Schutzinteressen der Bürger, auch mit Gerichtsverfahren, einsetzt.

Dies gilt auch für die Zukunft, denn die ILA soll nun für lange Zeit auf einem Gelände in Selchow etabliert werden. Dies natürlich weiterhin mit Demonstrationen kriegerischer Tüchtigkeit von Kampfflugzeugen. Übrigens, selbst „Die Linke“ sagt nun „Ja“ dazu. Das Grauen vor den Risiken der ILA aber bleibt.

Widersprüchlicher kann man sich nicht verhalten

Einerseits erweckt Baier den Anschein, als ob er Beeinträchtigungen durch die ILA für die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und ihrer Einwohner/innen nicht hinnimmt. Andererseits nimmt er an Verhandlungen teil, die den Erhalt der ILA am Standort Schönefeld (Ortsteil Selchow) zum Ziel haben. So am sog. Moderationsverfahren zur Vorbereitung einer „interkommunalen Entwicklung im Zusammenhang mit dem geplanten ILA-Standort“. In diesen Gesprächen geht es vor allem um die Anpassung/Änderung der Flächennutzungspläne der Gemeinden Schönefeld und Blankenfelde-Mahlow.

Baier befürwortete in diesen Gesprächen die ILA am Standort Selchow! Als Gegenleistung kann er sich einen „monetären Ausgleich in Höhe von 350.000,-- € jährlich vorstellen, die für

**SO MIT UNS
NICHT**

den Unterhalt von Indoorfreizeiteinrichtungen bzw. soziale Maßnahmen verwendet werden“. Baier will hierüber wohl seinen bisher unausgegorenen Vorschlag für ein Hallenbad realisieren. Auch andere Projekte (wie das Rathaus etc.) stehen diesbezüglich auf seinem Wunschzettel.) Eine Abstimmung mit der Gemeindevertretung oder ihrer Ausschüsse hierzu hält er jedoch nicht für nötig. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) nach Abschluss des Moderationsverfahrens die Entscheidung getroffen hat, die ILA nach Schönefeld/Selchow zu vergeben. Offenbar mussten die Gemeinden hierfür zuvor noch „eingemordet“ werden. Der Flächennutzungsplan für Blankenfelde-Mahlow ist allerdings noch nicht beschlossen. Somit besteht theoretisch die Möglichkeit, der ILA von Seiten unserer Gemeinde noch gehörige Schwierigkeiten zu bereiten, es sei denn, hinter den Kulissen wurden die Mehrheiten im Gemeinderat hierfür schon klar gemacht...

Parkhaus-Neubau eingeweiht

Im Juni war es nun endlich soweit, der fast 6 Millionen teure Parkhaus-Neubau am Bahnhof in Blankenfelde wurde offiziell eingeweiht. Eigentlich für jeden Bürgermeister eine willkommene Gelegenheit, sich in der Öffentlichkeit mit dem bis dato größten kommunalen Investitionsvorhaben zu rühmen. Bürgermeister Ortwin Baier, der sich ansonsten gern im Amtsblatt oder der Zeitung ins beste Licht rückt oder rücken lässt fehlte diesmal allerdings! Ein Zufall, der sich mit Urlaub oder Krankheit erklären lässt? Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht! Da sich dieses Bauwerk zum millionenschweren Desaster entwickelt hat, könnte man verstehen, warum Baier diesmal in diesem Zusammenhang auf keinem Foto zu sehen sein wollte. Ein Prüfbericht des Landrates bescheinigte Verwaltung und Planungsbüro „Unzulänglichkeiten“, die zu der immensen Kostenüberschreitungen von **26%** beim Parkhaus und **35 %** bei den Kiosken geführt haben. Nur allzu verständlich, dass Baier seinem Stellvertreter, Baudezernent Jörg Sonntag den Vortritt gelassen hat.

Übrigens...

... das nächste Millionenprojekt der Gemeinde, das Rathaus (geschätzte Planungskosten allein für den Hochbau von rund **12 Millionen €**), nach Jahren dauernder und anhaltender Planung, schreitet voran! Wer diesen Palast und wie bezahlen soll, darüber schweigt des „Baiers Höflichkeit“ Im Juni wurden der Öffentlichkeit die 3 Siegerentwürfe des Architektenwettbewerbs vorgestellt. Alle sind durchaus interessant und haben ihren Reiz, dürften jedoch eher in das Diplomatenviertel in Berlin-Tiergarten passen als nach Blankenfelde-Mahlow. Die Fraktion BVBB-WG bleibt dabei: Der geplante Behördenpalast wird ein finanzielles Abenteuer, das den Gemeindehaushalt nach derzeitiger Lage zu einem unvermeidbaren Schuldenhaushalt macht. Ein Zweckbau in der renovierten Kaserne wäre ausreichend und sicher Millionen von EURO billiger.

Herrn Baier sei im Übrigen gesagt: Zwei sich gegenüberstehende Baumonumente (Parkhaus und Rathaus) machen noch lange kein Zentrum aus!

Gern hätten wir noch über weitere Ungereimtheiten in Blankenfelde-Mahlow informiert, hierfür hat der Platz aber leider nicht ausgereicht. Wir reichen dies in der nächsten Ausgabe nach.

+letzte Meldung++letzte Meldung++letzte Meldung++letzte Meldung++letzte Meldung+

Bürgermeister Baier hat sich zum 1.8.d.J. für einen neuen Referenten entschieden.

Es soll Herr Alexander Fröhlich werden, der z. Zt. für die Fraktion "Die Linke" Mitglied der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow ist. Diese Personalentscheidung zeigt, dass Baier "aus dem letzten Loch pfeift". Ohne einen derartigen Kotau vor der Linken würde er wohl im letzten Jahr seiner Amtszeit Mehrheiten - auch für seine desaströse Flughafenpolitik - nicht mehr zusammenbringen! Während die CDU versucht, sich in den letzten 12 Monaten vor der Bürgermeisterwahl aus der jahrelang praktizierten Koalition davonzustehlen bindet sich Die Linke hingegen an einen Bürgermeister, der zunehmend an einen angeschlagenen Boxer erinnert. Er taumelt bereits und es nur noch eine Frage der Zeit, wann er (politisch) *k.o.* geht.

**SO MIT UNS
NICHT**